

Der Euro und die Krise der Demokratie: Mehr Integration wagen?

AK Integrationsforschung und Sektion Politische Ökonomie

Der Euro sollte die europäische Einigung krönen. Doch seit vielen Jahren befindet sich die Gemeinschaftswährung im Krisenmodus aus Hilfsprogrammen, Sparmaßnahmen und hektischen Notoperationen. Sowohl das Europäische Parlament als auch die nationalen Parlamente sind Zaungäste der Krisenpolitik, weshalb zu befürchten steht, dass weniger Demokratie der Preis für die Eurorettung ist. Aktuelle Entwicklungen in der EU stellen das Verhältnis von Euro und Demokratie in mehrfacher Hinsicht in Frage:

- Die institutionelle Antwort auf die Eurokrise ist eine Reihe neuer Instrumente, die die Integration weiter vorantreiben. Sie unterscheiden sich aber deutlich von dem, was die bisherigen *checks and balances* im EU-Mehrebenensystem ausgemacht haben, weil sie Entscheidungsmacht zu nichtgewählten Organen und zur Exekutive verschieben. Zudem hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass die tatsächliche Nutzung wirtschafts- und währungspolitischer Instrumente deutlich von ihrer formalen Konstitution abweichen kann. Wie sind (demokratische) Kontrollmöglichkeiten bei den unterschiedlichen Instrumenten der EU Währungspolitik ausgestaltet und was wissen wir über ihre faktische Nutzung?
- Die Macht der Europäischen Zentralbank hat mit der Eurokrise zugenommen, Anleihekäufe und Bankenunion vertiefen und erweitern ihre Kompetenzen. Gleichzeitig wurden die Verteilungsimplicationen der Währungspolitik innerhalb und zwischen Mitgliedstaaten immer deutlicher. Wie ist der formal unabhängige Status der EZB angesichts dieser Entwicklungen zu bewerten? Und wie die politischen Folgen der Stabilisierung der Währungsunion? Können Transparenz, Rechenschaftspflicht und Verantwortlichkeit (mangelnde) Demokratie ersetzen?
- Die Eurorettungspolitik greift in den Programmländern tief in Politikbereiche ein, für die die EU nur schwache oder keine Kompetenzen hat. In der Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik werden detaillierte Vorgaben gemacht, wodurch der demokratische Wettstreit in diesen Feldern außer Kraft gesetzt wird. Abnehmendes Vertrauen in nationale und europäische Institutionen sowie die Wahl von Protestparteien sind das Ergebnis. Wie ist eine demokratieschonende Eurorettung möglich?
- Schließlich finden sich in aktuellen Reformdiskussion eine Reihe konkreter Vorschläge zur Demokratisierung des politischen Systems der Union bzw. der Eurogruppe. Der französische Präsident Macron ist mit dem Ruf nach einem Eurogruppenparlament in den Wahlkampf gezogen und Kommissionspräsident Juncker hat in seiner diesjährigen Rede zur Lage der Union einen Europäischen Wirtschafts- und Finanzminister gefordert und vorgeschlagen, das Amt des Präsidenten der Europäischen Kommission mit dem des

Präsidenten des Europäischen Rates zu verschmelzen. Welche institutionellen Reformen sind geeignet, die Herausforderung unterschiedlicher Interessen in einer gemeinsamen Währungspolitik zu legitimieren? Ist „mehr Integration wagen“ die richtige Antwort, um Demokratie- und Legitimationsproblemen zu begegnen?

Panelteilnehmer:

- Tanja Börzel, Jean Monnet Chair, Freie Universität Berlin (Zusage)
- Daniela Braun, Geschwister-Scholl-Institut für Politikwissenschaft an der Ludwig-Maximilians-Universität München (Zusage)
- Martin Höpner, Forschungsgruppenleiter „Politische Ökonomie der europäischen Integration“ am Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung (Zusage)
- Johannes Lindner, Leiter EU Institutionen und Foren, Generaldirektion Internationale und Europäische Beziehungen, Europäische Zentralbank (Zusage)

Moderation: Miriam Hartlapp (FU Berlin) und Hans-Jürgen Bieling (Uni Tübingen)